

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Erwin Horn MdB stellt die Frage, wie lange Verteidigungsminister Scholz politisch noch tragbar ist: Scholz hat Augenmaß verloren.

Seite 1

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB berichtet über die politische Situation in El Salvador vor den dortigen Präsidentschaftswahlen: Gefahr droht von den Ultra-Rechten.

Seite 3

Hedda Jungfer MdL und Günter Wirth MdL erläutern eine SPD-Gesetzesinitiative im bayerischen Landtag: Bayerische Kommunen brauchen Gleichstellungsbeauftragte.

Seite 4

Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellt das neueste Buch über einen der führenden Sozialdemokraten vor: Eine zitierbare Biographie über Egon Bahr.

Seite 5

39. Jahrgang / 240

15. Dezember 1988

### Scholz hat Augenmaß verloren

Der Minister hat sich selbst in eine fast ausweglose Situation hineinmanövriert.

Von Erwin Horn MdB

SPD-Obmann im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Gestern hat der Parlamentarische Staatssekretär Würzbach die Konsequenzen gezogen. Er hat die schrillen Vorhaltungen seines Ministers mit seinem Entlassungsgesuch beantwortet. Jetzt steht auf der Hardthöhe ein Wechsel von zugleich drei Staatssekretären an, der fast nur noch mit einem Personalaustausch nach einer Regierungsumbildung zu vergleichen ist. Die Personalfachrichten von der Hardthöhe erhalten ihre besondere Pikanterie dadurch, daß sie ausgerechnet während einer Kommandeurtagung der Bundeswehr die Medienlandschaft beherrschen und die Sachdiskussionen auf diesem wichtigen Forum verdrängen.

Die politische Rolle von Verteidigungsminister Scholz ist fast nur noch mit der des Helden einer altgriechischen Tragödie zu vergleichen. Bereits nach dem ersten Akt weiß das Publikum, daß der Held zum Scheitern verurteilt ist. Im Dienstantritt von Scholz als Verteidigungsminister sahen selbst wir von der Opposition nach der führungs- und konturlosen Zeit seines Vorgängers die Chance eines Neubeginns. Scholz trat als renommierter Staatsrechtler und unverbrauchter politischer Seiteneinsteiger ein Ministeramt an, in dem sich sein Vorgänger nach dem Schock der Kiesling-Affäre fast fünf Jahre lang mit führungslosem Durchwursteln über die Zeit rettete, bis er in das Amt des höchstbezahlten Frühstücksdirektors bei der NATO wechseln konnte.

Die Wärmersche Hypothek wiegt schwer. Die Kostenbrocken betriebswirtschaftlich unsinniger und militärisch zweifelhafter Prestigobjekte, wie dem Jäger 90 oder dem deutsch-französischen Panzerabwehrhubschrauber, nehmen dem Verteidigungsetat auf Jahre hinaus die notwendige Flexibilität des Handelns. Die großen konzeptionellen Herausforderungen, wie der Wandel des Wertes von Streitkräften im öffentlichen Bewußtsein und die Personalnot wurden nur mit beispielloser Flickschusterei beantwortet.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos  
an allen  
Postämtern



Dies wird an der Verlängerung der Wehrpflicht, deren Notwendigkeit heute selbst vom Koalitionspartner FDP angezweifelt wird, besonders deutlich. „Goldener Handschlag“ und Dienstzeitregelung, die vorzeitige Pensionierung von Generalen und die Unzufriedenheit von Soldaten über die zunehmende Abkoppelung vom übrigen öffentlichen Dienst taten ein übriges, daß der Stoff für negative Schlagzeilen nicht ausging. Selbst die politische Verantwortlichkeit für die Katastrophe von Ramstein hätte man dem Vorgänger von Scholz zurechnen müssen, wären da nicht sein unseliger Brief an Ministerpräsident Rau und seine vorschnellen Erklärungen zum Ablauf des Genehmigungsverfahrens gewesen.

Minister Scholz hat sich allerdings seine politisch fast ausweglose Situation selbst zuzurechnen. Erst setzte er auf Weisung des Bundeskanzlers den der CDU abtrünnig gewordenen Planungschef Rühle vor die Tür. Dann konnte er seinen nach der Drei-Kappen-Fallschirm-Affäre angeschlagenen Rüstungssekretär Timmermann, den es in das ruhige Fahrwasser von Lehre und Forschung zurückdrängt, nicht mehr halten. Der ohnehin nur für Zeitungsartikel zuständige Staatssekretär Rühl nimmt die Chance einer vorzeitigen Pensionierung wahr, um sich für seine zukünftige Schriftstellertätigkeit die materielle Basis zu schaffen. Scholz verbleiben damit nur der jugendliche Strauß-Zögling Pfahls und die „Soldaten-Mutter“ Hürland-Büning in einer politischen Situation, die der Leitung des Verteidigungsministeriums hohe Führungskompetenz und Überzeugungskraft abverlangt. Immerhin stellte der affärenerprobte Würzbach die Führungskontinuität und das Bindeglied zur CDU-Fraktion dar.

Der lautstarke Tadel von Minister Scholz an seinen Parlamentarischen Staatssekretär ist rational nicht zu verstehen. Würzbach leitete das Verteidigungsministerium während der Abwesenheit von Scholz in Amerika. Er mußte nach der Katastrophe von Remscheid ein politisches Signal setzen. Mit seinem befristeten Tieffflugverbot hat er erstmals politische Statur bewiesen. Für uns Sozialdemokraten waren seine Anordnungen zur Gefahrenabwehr und Lärmverminderung zwar bei weitem nicht ausreichend; seine Entscheidung hätte jedoch etwas besseres verdient, als die hemmungselosen Wutausbrüche seines Ministers. Es gehört im übrigen zum guten Führungsstil des Vorgesetzten, Entscheidungen seines amtierenden Stellvertreters nicht im nachhinein beckenmesserisch und in aller Öffentlichkeit zu kritikastern, es sei denn, sie wären so falsch, daß sie sofort zurückgenommen werden müßten. Selbst dies sollte still und unauffällig erfolgen.

Minister Scholz muß sich fragen lassen, auf welchem Lagebild seine schrille Kritik beruht. Glaubt er wirklich, daß die Sowjetunion nach der UNO-Rede von Gorbatschow und der schrecklichen Erdbebenkatastrophe von Armenien nichts anderes umtreibt, als bis Weihnachten das westliche Bündnis zu überfallen? Wenn er diese aktuelle Bedrohung nicht sieht, haben seine Vorhaltungen keinen Hintergrund. Dann aber hätte er seinen Eklat mit seinem Parlamentarischen Staatssekretär zumindest grob fahrlässig provoziert. Mit seiner im Angesicht der Toten, Verletzten und Zerstörungen von Remscheid spitzfindigen Unterscheidung zwischen Tiefflug und Übungsflug betreibt er ein Geschäft, das unserer Bevölkerung nichts nützt. Es besteht zudem die Gefahr, daß Scholz durch sein unverständliches Harmoniebedürfnis mit den Bündnistreitkräften, die jetzt bis Weihnachten nicht bei uns fliegen dürfen und deshalb verärgert sind, eine Diskussion um unsere Souveränität lostritt, die dem Gemeinwesen, den Verbündeten und der Bundeswehr nichts als Schaden zufügt.

(-/15.12.1988/vo-he/st)

**Gefahr droht von der Ultra-Rechten**

**Zur politischen Situation in El Salvador vor den Wahlen**

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Am 13. Dezember 1988 bin ich zu einem längeren Gespräch mit dem Vorsitzenden des movimiento nacional revolucionario (MNR) von El Salvador, Dr. Guillermo Ungo, zusammengetroffen.

Eine eventuelle Einstellung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe an El Salvador wegen der massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Todesschwadronen und des Militärs lehnte Ungo in dem Gespräch eindeutig ab. Der salvadorianische Oppositionspolitiker vertrat die Ansicht, daß mit einem Stopp der Hilfe ein Parallelfall zu Nicaragua geschaffen werde. Dies sei keinesfalls wünschenswert. Ungo stellte sich allerdings auf den Standpunkt, daß im Falle eines Sieges der rechts-extremen ARENA-Partei bei den Präsidentschaftswahlen im März 1989 die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sehr restriktiv gehandhabt werden müsse, das heißt im Hinblick auf ihre Auswirkungen genau zu untersuchen sei.

Zu offiziellen Verhandlungen zwischen der salvadorianischen Guerilla und der christdemokratisch geführten Regierung im Sinne des mittelamerikanischen Friedensplans berichtete Ungo, daß es zur Zeit wegen des Kriegszustandes keinen echten Dialog geben könne. Allerdings sei durch interne Gespräche und Vermittlungen ein Klima der gegenseitigen Toleranz entstanden. Die größte Gefahr bestehe augenblicklich in einem unkontrollierbaren Aufbegehren der Ultra-Rechten.

Guillermo Ungo ist der Präsidentschaftskandidat der „Convergencia democratica“, einer Koalition, die seine Partei, der MNR, mit den christlich-sozialen PSC und dem sozialdemokratischen PSD gebildet hat. Er schilderte, daß der augenblickliche status quo der gegenseitigen Toleranz dieser Koalition einen größeren Spielraum ermöglicht habe, so daß sie zum Beispiel auch in den Medien besser vertreten sei. Die Anhängerschaft der Convergencia wachse, sie werde zunehmend als dritte politische Kraft neben den Christdemokraten und der ARENA-Partei anerkannt.

Abschließend äußerte Ungo den Wunsch, daß eine parlamentarische Delegation aus Europa in der Wahlkampfzeit im Januar und Februar des kommenden Jahres nach El Salvador kommt. In einem Land, in dem weder die Bedingungen für echte freie Wahlen noch für persönliche Sicherheit gegeben sind, sei die Präsenz einer solchen Delegation die einzige Möglichkeit, das Militär zur Zurückhaltung zu bringen.

(-/15.12.1988/vo-he/st)

\* \* \*

**Bayerische Kommunen brauchen Gleichstellungsbeauftragte**

**Zu einer Gesetzesinitiative der SPD im Bayerischen Landtag**

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und

Günter Wirth MdL

Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Gleichstellungsbeauftragte leisten hervorragende Arbeit - in allen Städten und Gemeinden, die bisher freiwillig diese Institutionen geschaffen haben. Deshalb sollten dafür nun in Bayern verbindliche Regelungen eingeführt werden. In Städten mit über 50.000 Einwohnern sollten künftig Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden, Kommunen zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern sollten dieses neue Amt einführen. Dies fordern wir jetzt im Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gleichbehandlung und Gleichstellung von Frauen und Männern.

Danach soll die Gemeindeordnung sowie die Landkreisordnung des Freistaates Bayern entsprechend geändert werden. Um den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen, müssen die Städte und Landkreise für ihren Bereich eine(n) Gleichstellungsbeauftragte(n) bestellen. Diese Aufgabe kann auch einem berufsmäßigen Gemeinde(Stadt)ratsmitglied übertragen werden.

Dem Gebot der Gleichstellung und Gleichbehandlung von Mann und Frau wird die Verfassungswirklichkeit bis heute nicht gerecht. Nach wie vor sind Frauen in weiten Bereichen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft benachteiligt. Beispielsweise werden sie immer noch für dieselbe Arbeit schlechter bezahlt als Männer, seltener befördert und weniger mit leitenden Positionen betraut. Ausbildung und Berufswahl von Frauen sowie Entscheidungen für die Besetzungen von Positionen werden nach wie vor von einem überholten Rollenverständnis gesteuert.

Gleichstellungsinstitutionen auf Landesebene können dieser Tendenz schon deshalb nicht ausreichend entgegenwirken, weil sie vom Ort des Geschehens zu weit entfernt sind. Zahlreiche Kommunen haben hauptamtliche Frauenbeauftragte freiwillig geschaffen und damit die Durchsetzung des Gleichberechtigungsangebotes als kommunale Aufgabe anerkannt. Um den Verfassungsauftrag (Artikel 3 Grundgesetz) zu verwirklichen, erscheint es jedoch geboten, die Erfüllung dieser Aufgabe mit mehr Nachdruck zu betreiben.

Es ist auch Aufgabe der Kommunen, das Gleichbehandlungs- und Gleichstellungsgebot zu erfüllen. Die Ernennung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist eine wesentliche Hilfe bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung. Dies kann dadurch geschehen, daß sie an Rats- und Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen, von den einzelnen Referaten bei den einschlägigen Fragen gutachterlich gehört werden, Sprechstunden und Informationsveranstaltungen durchführen sowie Kontakt zu Verbänden und Betrieben - insbesondere zu Betriebs- und Personalräten - halten.

Die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten ist zwar schon nach der geltenden Rechtslage möglich. Die ausdrückliche gesetzliche Regelung, wie es der SPD-Entwurf vorsieht, soll die Kommunen aber veranlassen, solche Stellen auch dort einzurichten, wo dies bislang nicht geschehen ist. Dabei erscheint es nur sachgerecht, kleineren Gemeinden die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten zu empfehlen, sie für größere Kommunen jedoch verbindlich vorzuschreiben. Dementsprechend sieht der SPD-Entwurf vor, die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten für Gemeinden bis 20.000 Einwohner als Möglichkeit der Verwirklichung des Verfassungsauftrages darzustellen, für Gemeinden bis zu 50.000 Einwohner als Soll-Vorschrift zu verlangen und für Städte über 50.000 Einwohner sowie Landkreise verbindlich vorzuschreiben.

(-/15.12.1988/vo-he/st)

Eine zitierbare Biographie über Egon Bahr

Zum jüngsten Buch über den sozialdemokratischen Vordenker

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Politiker, die perspektivisch denken, systematisch analysieren, und brillant formulieren können, lassen sich an der vielzitierten Hand mit den fünf Fingern abzählen. Einer von dieser seltenen „Sorte“ ist Egon Bahr. Zum ersten Mal liegt nun eine Gesamtdarstellung über den Politiker und Menschen Egon Bahr vor, die dessen journalistischen und politischen Lebensweg umfassend und einfühlsam beschreibt. Dem Bonner Journalisten Karsten Schröder ist eine vorzügliche und zitierbare Biographie gelungen! Schröder geht chronologisch vor: Egon Bahr als Journalist, als Wegbereiter der Ost- und Deutschlandpolitik, als Entwicklungshilfeminister, als Bundesgeschäftsführer der SPD und Sicherheits- und Abrüstungsexperte. Der Autor bringt zwar keine neuen wissenschaftlich verwertbaren Erkenntnisse, dennoch vermittelt er ein eindrucksvolles Bild von Egon Bahr. Das Buch von Schröder belegt Vielfalt wie Konstanz der Themen, wie auch die politische Wirksamkeit des Porträtierten. Da wird nicht nur geredet, sondern da bleibt einer mit einem Höchstmaß von Glaubwürdigkeit „dran“ und setzt einen Gedanken in Politik um - strecken- und zeitweise gegen starken Widerstand.

II.

Die Ost- und Deutschlandpolitik ist wie die Sicherheits- und Abrüstungspolitik mit dem Namen Bahr verbunden. In seinem politischen Leben gibt es nur zwei Intervalle: Die Entwicklungspolitik und die Zeit als Bundesgeschäftsführer der SPD.

„Ich habe ein Mandat, mich um Fragen zu kümmern, die die Existenzfragen meines Volkes berühren. Wenn ich dieses Mandat ablehne, kann ich abtreten.“ Dieser Satz Egon Bahrs ist so etwas wie das Credo seiner politischen Arbeit.

In der Ost- und Deutschlandpolitik wie in der Abrüstungs- und Sicherheitspolitik bündeln sich diese Existenzfragen. Mit Genugtuung kann Egon Bahr feststellen, daß in der sozialliberalen Regierungszeit die Grundlagen für die Ost- und Deutschlandpolitik geschaffen wurden, auf denen die heutige CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik fußt. Gemessen an den höchst unterschiedlichen Interessen und Zielen der Beteiligten läßt sich heute besser als in der Zeit des Aushandelns (1969 bis 1972) sagen, daß die Ostverträge und der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag das Optimum dessen darstellen, was aushandelbar war. Aus den Kritikern von einst (CDU/CSU) wurden Regierende, die, wenn sie nicht dankbar, so doch froh sind, daß sie eine solche Basis haben. Daß es trotz schwieriger Ausgangspositionen sowohl beim Moskauer Vertrag wie beim Grundlagenvertrag, in zähen Bemühungen gelang, Kontrahierende gemacht zu haben - dies ist das bleibende Verdienst von Egon Bahr.

III.

Wenn heute „Gemeinsame Sicherheit“ oder „Sicherheitspartnerschaft“ zum gemeinsamen Ost-West-Sprachschatz gehört, dann führt dies auf Egon Bahr zurück.

Für einen Politiker, der in Zusammenhängen denkt, liegt es auf der Hand, daß die „deutsche Frage“ und die „Sicherheitsfrage“ nicht voneinander zu trennen sind. „Aber die deutsche Frage ist nicht identisch mit der Sicherheitsfrage“, schrieb Egon Bahr 1985. Vorrangig ist die Beantwortung der Sicherheitsfrage. Hier kommt es darauf an, daß die Bundesregierung initiativ wird. Wenn sie dabei auf sozialdemokratische Anregungen zurückgreift, kann dies für alle nur nützlich sein. Die Begründung dafür, daß sicherheitspolitische Initiativen notwendig und möglich sind, wird im Buch gut herausgearbeitet.

IV.

Zu einem sich exponierenden Politiker gehört natürlich auch, daß manche Vorschläge und Gedanken auf heftigen Widerspruch beziehungsweise Widerstand stoßen. Dies gilt sicher für Bahrs Anregung, über zwei deutsche Friedensverträge nachzudenken. Nur sollten die Kritiker den Gesamtzusammenhang nicht übersehen, in dem diese Anregung ihren Platz hat. Im übrigen: Wenn es um die Frage der Souveränität geht, muß darüber nachgedacht werden, wie diese zu bewerkstelligen ist. Eine Antwort könnten die Friedensverträge sein. Möglicherweise kann die „deutsche Frage“ dadurch europäisiert werden, daß aus der KSZE-Schlußakte ein völkerrechtlicher Vertrag gemacht wird. Ob dies in unserem Interesse liegt, müßte diskutiert werden.

V.

In der Sicherheits- und Abrüstungspolitik gibt es zahlreiche grundsätzliche und operative Vorschläge und Anregungen Egon Bahrs. Darunter sind inzwischen akzeptierte, jedenfalls nicht mehr umstrittene. Allerdings gibt es auch Anregungen und Vorschläge, über die - innerhalb und außerhalb der SPD - nach wie vor kontrovers diskutiert wird: Dazu gehören die Zonen-Vorschläge, dazu gehört der Vorschlag, Nuklearwaffen von den Territorien jener Staaten abzuziehen, die nicht über Nuklearwaffen verfügen. Sehr viel Stoff, der sowohl systematisch wie operativ zu durchdenken ist, bietet auch die programmatische Aussage, die Abschreckung zu überwinden. Hier geht es nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie, also um die Choreographie der kleinen Schritte!

VI.

Ziemlich am Schluß seines Buches schreibt Karsten Schröder über Egon Bahr: „So wird der SPD-Politiker auch weiterhin von seinem Abgeordnetenbüro aus mit unorthodoxen Vorschlägen und faszinierenden Konzepten in die deutschland- und sicherheitspolitischen Debatten eingreifen.“

Dies ist die Sorge der einen und die Hoffnung der anderen!

---

Karsten Schröder, Egon Bahr, Verlag Arthur Moewig GmbH, Rastatt 1988, 384 Seiten (mit einem Beitrag von Günter Grass und Vorträgen von Egon Bahr).

(-/16.12.1988/vo-he/st)

\* \* \*